

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wilsenbrand, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Lugau, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf zc.

Der „Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in den Geschäftsstellen Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäftsstellen, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. Es erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum 12 Pfg., für auswärtig 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Die 2spaltige Zeile im amtlichen Teil 50 Pfg. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Nr. 224. Fernsprecher Nr. 151. Freitag, den 26. September 1913. Geschäftsstelle Bahnstraße 3. 40. Jahrgang

Allgemeine Ortskrankenkasse Hohenstein-Ernstthal. Außerordentliche Generalversammlung Montag, den 6. Oktober 1913, abends 8 Uhr im Stadthaus, Neumarkt.

Tagesordnung:
Abänderung der Wahlordnung nach den Vorschlägen des Kgl. Oberversicherungsamtes zu Chemnitz.
Teilnehmer an der Versammlung sind die am 14. November 1910 gewählten Vertreter, soweit sie noch mandatsberechtigt sind.
Hohenstein-Ernstthal, den 25. September 1913.
Der Vorstand.
Julius Meier, Vors.

Freibant Hohenstein-Ernstthal.
Gebacktes Rindfleisch, Pfund 35 Pfg.
Die Dienstzimmer des Rathauses bleiben
Montag, den 29. September 1913
wegen Reinigung geschlossen.
Das Standesamt ist geöffnet von 8—9 Uhr vormittags.
Gersdorf (Bez. Gch.), den 22. September 1913.
Der Gemeindevorstand.
In Vertretung:
A. Döbel, Gemeindevorsteher.

Tagesgeschichte.

Die Reichsdispositionen des Kaisers.
Der Kaiser wird am 15. Oktober in Gersdorf (Eifel) erwartet. Hier ist ein neues Krongut gegründet worden, dessen Kirche feierlich eingeweiht werden soll. Von Gersdorf aus begibt sich der Kaiser nach Trier, wo die große Kaiserbrücke über die Mosel eingeweiht werden soll. Außerdem wird der Kaiser dort die Ausgrabungen des römischen Kaiserpalastes besuchen. Von Trier aus dürfte der Kaiser nach Donaueschingen und von da nach Weipzig zur Einweihung des Völkerschlachtdenkmals reisen.

Zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Balkan und dem Orient
sind gegenwärtig in Dresden Bestrebungen im Gange, um einen Deutschen Wirtschaftsverband für den Balkan und den Orient ins Leben zu rufen. Dieser neue Verband ist als eine Ergänzung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins und des Deutschen Vorderasiatischen Komitees gedacht. Beabsichtigt wird ferner die Gründung eines Zentralbüros in Dresden, das den notwendigen Kontakt herzustellen hat zwischen den obersten Reichsbehörden, den Ministern der Bundesstaaten, den deutschen Konsuln im Balkan und dem Orient usw. In einer Besprechung, die am Dienstag abend in Dresden zwischen den Gründern dieses Verbandes und führenden Industriellen, Vertretern kaufmännischer Organisationen und Behörden usw. stattfand, wurde das Arbeitsgebiet des neuen Verbandes einer eingehenden Kritik unterzogen und dabei von Kennern der Verhältnisse namentlich betont, die Türkei stärker, als dies bisher geschehen ist, als Absatzgebiet für den deutschen Handel mit heranzuziehen.

Der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe
richtete an den Staatssekretär des Innern eine Reihe von Anträgen, in denen angeregt

wird, amtliche Erhebungen über Beamten-Konsumvereine und sogenannte Wirtschafts- oder Haushalts-Vereine zu veranlassen, ferner an welchen Orten von Beamten gegründete und aus Beamten sich zusammensetzende Konsumvereine usw. bestehen, ob sie sich der Begünstigung oder Unterstützung der Reichs- oder Staatsbehörden erfreuen, ob sie in staatlichen Gebäuden ohne Entgelt untergebracht sind oder in keinem Verhältnis zum Mietwert stehenden Mietzins begablen.

Zur Revision des deutsch-russischen Handelsvertrags
nahm der in Kiew versammelte russische Landwirtschaftliche Kongress Stellung. Er erklärte, die Politik lokaler Getreidezölle widerspreche den Interessen sowohl Russlands als auch Deutschlands und den Zielen der wirtschaftlichen Entwicklung. Um die Lage Russlands sei den bevorstehenden Verhandlungen über den Handelsvertrag zu verbessern, sei es wichtig, die nächsten Jahre zur Hebung der russischen Ausfuhr nach Möglichkeit auszunutzen. Um Russlands Abhängigkeit von Deutschland zu vermindern, sei eine Verabsicherung der deutschen Weizen- und Roggenzölle, sowie eine Erleichterung der Einfuhr russischer landwirtschaftlicher Produkte in verarbeiteter Form, besonders von Viehzuchtprodukten, angzustreben. Als Vorbereitung für die Durchsichtsverhandlungen wurde die Errichtung landwirtschaftlicher Vereine und besonderer Organisationen zur Feststellung der in Russlands Interesse erwünschten Abänderungen des bestehenden Tarifs empfohlen.

Von einer Zündholzpreiserhöhung
nahm die in Berlin abgehaltene Versammlung des Vereins Deutscher Zündholzfabrikanten Abstand, obwohl auch im jüngsten Betriebsjahr ein Rückgang des Absatzes um 10 000 Kisten zu konstatieren war. Dagegen beschloß man, beim Reichsschatzamt erneut wegen einer Besteuerung der Zündholzfabrikmittel vorstellig zu werden. Es ist erstaun-

lich, daß der Rückgang des Zündholzabsatzes nicht noch weit stärker ist, da man den allen guten Streichhölzern, nachdem der Preis infolge der Steuer für ein Palet von 10 auf 25 bis 30 Pfennige emporgehoben, kaum noch begegnet. Ob eine Besteuerung der billigen und gut funktionierenden Ersatzfeuerzeuge der Zündholzindustrie wieder auf die Beine verhelfen würde, erscheint überdies fraglich. Das richtige wäre es, diese unpopuläre Steuer zu beseitigen, dann würden wahrscheinlich die beiden Konkurrenten, die Zündhölzer wie ihr Ersatz, ganz gut nebeneinander auskommen.

Frankreich.
Es ist das Zeichen eines schlechten Gewissens, daß die Franzosen wieder anfangen, die deutsche Kriegsgefahr mit graufigen Farben an die Wand zu malen und wieder mit verstärktem Geschrei auf das „Luxemburger Loch“ hinzuweisen. Senator Veranger der jüngere macht an der Hand von Tatsachenmaterial, das ihm vom Kriegsminister Etienne zugeestellt sein muß, die eifrigste Propaganda für eine stärkere Befestigung der französischen Ostgrenze. Er weist auf unendliche eisenbahntechnische Verbesserungen Deutschlands an der Grenze von Luxemburg hin und wiederholt lauter als bisher die alte Klage, daß das unverteidigte Luxemburg das Einfallstor deutscher Truppen in Frankreich bilde. Die Republik müsse daher ihren Grenzschutz verstärken, wenn sie nicht eines Tages die allerttraulichsten Verberaschungen erleben wolle. Jedem deutschen Uebungslager die Grenze entlang müsse zum mindesten ein französisches entgegengekehrt werden. Jetzt entspricht dem deutschen Lager von Malmedy das von Mauerbeuge, dem von Diedenhofen das von Verdun, dem von Metz das von Toul; dem Alten Lager bei Trier entspricht aber noch kein französisches. Dieser Mangel müsse schleunigst beseitigt werden.

Französisch-russische Verbändlungsreden.
Bei einem Festmahle zu Ehren des russischen Gesandten, das in Paris stattfand, sagte der Seeräufel von Bresl, Admiral von Chacoprat: „Unser Vergnügen, die russischen Kameraden bei uns zu begrüßen, verdoppelte sich diesmal durch die vaterländische Freude, die der Eindruck des Vertrauens uns verursachte, welches ein so stark und so gut geführtes Geschwader uns gibt. Ein derartiges Geschwader ist imstande, uns jederzeit die moralische Unterstützung und auch die wirksame Hilfe zu bringen, auf die zählen zu können wir glücklich sind.“ In seiner Erwiderung sagte der russische Admiral von Essen: „Die Wärme, die wir hier gefunden haben, ist mehr als ein Empfang durch Freunde, es ist ein solcher durch Waffenbrüder. Unsere Flotte ist im Begriff, ausgebaut zu werden und sich auszubilden. Sie wird sehr bald der großen und schönen französischen Flotte würdig sein.“

Neue Balkanverwickelungen.

Trotz der Warnungen Russlands und anderer europäischer Großmächte kann Serbien seinen Latendrang und seine Eroberungssucht augenscheinlich nicht zügeln, sondern sucht vor der offiziellen Festlegung der Grenzen Albanien dem künftigen selbständigen Fürstentum noch einige Grenzgebiete abzumachen. Nur so erklärt sich ein soeben erschienener Ukas

des Königs Peter von Serbien, der die Mobilisierung der Morava-Division sowie eines Teiles der Reservisten aller Divisionen anordnet. Serbien ist entschlossen, diejenigen albanischen Grenzorte, die es vor einigen Monaten auf Verlangen der Mächte geräumt hatte, wieder zu besetzen. Selbstverständlich begründet die serbische Regierung ihr militärisches Eingreifen mit den Unruhen, die innerhalb Albanien eingetreten sind. Diese Unruhen werden bekanntlich gegen die provisorische Regierung von dem Albaner Essad Pascha, dem Verteidiger Stuturis, geschürt, der seinerzeit die Festung der Montenegriner auslieferte, nachdem er deren Kommandanten Hassan Riza Pascha hatte ermorden lassen. Ferner behauptet man in Belgrad, daß albanische Banden serbische Truppen in den neuen Grenzgebieten Serbiens angriffen und Plünderungen verübten. Das alles gibt den Serben natürlich noch keine Berechtigung zu einem militärischen Einmarsch in Albanien, das eine Schöpfung der Großmächte ist und unter deren Schutz, insbesondere dem Oesterreich und Italiens, steht.

Die Belgrader Alarmmeldungen von ersten albanischen Unruhen und blutigen Zusammenstößen an der Grenze verdienen nach Mitteilungen der italienischen Regierung keinen Glauben. Es handelt sich dabei lediglich um Ausstreunungen zur Festigung der militärischen Aktion Serbiens. Die italienische Regierung läßt auch aufs bestimmteste erklären, daß alle Maßnahmen vorbereitet seien, um etwaige Unruhen in Albanien im Keime zu ersticken und die weitere Entwicklung des künftigen selbständigen Fürstentums dem Plane der Großmächte entsprechend zu gewährleisten.

Die Balkanvölker sind durch die langwierigen Kriegswirren überhaupt aus der Klause gebracht worden. Das zeigte sich auch daran, daß soeben fünf Regimenter der bulgarischen Armee nach Mustapha Pascha vorrückten und die Stadt besetzen wollten. Der Konstantinopeler Vertrag, der diese Stadt den Bulgaren zuspricht, ist, wie bekannt, noch nicht ratifiziert, sodas das militärische Unternehmen reichlich verfrüht war. Zwei bulgarische Parlamentäre verlangten von dem türkischen Kommandanten gleichwohl die Uebergabe Mustapha Paschas. Auf Intervention bei der Konstantinopeler Regierung setzte sich diese mit dem bulgarischen Heerführer Sawow in Verbindung, dem sie erklärte, daß eine türkische Gegenaktion unausweichlich sei, wenn der bulgarische Vormarsch nicht eingestellt werde, so lange der Vertrag nicht offiziell in Kraft getreten sei. Darauf wurden die bulgarischen Truppen zurückgerufen.

Der türkisch-bulgarische Friedensvertrag
konnte noch immer nicht endgültig abgeschlossen werden, da über einige untergeordnete Fragen noch keine Einigung erzielt wurde. Mit Griechenland steht die Verständigung unmittelbar bevor. Die Meldungen von serbisch-griechischen Unstimmigkeiten sowie von anarchischen Zuständen in Bulgarien werden von den zuständigen Regierungen für grundlos erklärt.

Vertliches und Sächsisches.

Witterungsaussicht für Freitag, den 26. September: Keine wesentliche Witterungsänderung, Nachtfrost.

Wotan
DRAHT-LAMPE
mit gezogenem Leuchtdraht

Sofortlich bei den Elektrizitätswerken in der Installationsruhe